Entwicklungsrisiken von kleinen Kindern früher erkennen - enge Kooperation der Frühförderung mit Frühen Hilfen gefordert

Entwicklungsrisiken von kleinen Kindern früher erkennen - enge Kooperation der Frühförderung mit Frühen Hilfen gefordert

Köln, 3. Juni 2013. Eine gute Kooperation zwischen Frühen Hilfen und Frühförderung bietet die Chance, frühzeitig auf die besonderen Bedürfnisse von kleinen Kindern mit Entwicklungsrisiken aufmerksam zu werden. Zu diesem Ergebnis kommt ein jetzt veröffentlichtes Impulspapier des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen (NZFH), das von der Bundesvereinigung Lebenshilfe und der Vereinigung für Interdisziplinäre Frühförderung e.V. (VIFF) unterstützt wird.
Ziel ist, Kinder mit Entwicklungsrisiken so früh wie möglich zu fördern, bevor es zu Entwicklungsstörungen kommt. Gleichzeitig gilt es, auch die Eltern bei der Versorgung so zu unterstützen, dass keine Überforderungssituationen entstehen oder sich verfestigen. Gerade in schwierigen Lebenslagen besteht ein besonderer Bedarf, dem die fachübergreifende Zusammenarbeit wirkungsvoll begegnen kann.
"Die beiden Bereiche - Frühförderung und Frühe Hilfen - ergänzen sich mit ihren jeweiligen Kompetenzen hervorragend. In den kommunalen Netzwerken gibt es zum Teil schon Kooperationen zwischen den Trägern der Frühen Hilfen und der Frühförderung, allerdings noch nicht flächendeckend und systematisch genug", sagt Prof. Dr. Sabine Walper, Forschungsdirektorin am Deutschen Jugendinstitut (DJI), das gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) Träger des NZFH ist. "Mit dem Impulspapier weisen wir auf die Vorteile einer Zusammenarbeit hin und wollen die Kooperation in Netzwerken befördern."
Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der BZgA, erklärt: "Unser Ziel ist es, die Angebote so aufeinander abzustimmen, dass präventive und inklusionsorientierte Hilfen und Förderung für Kinder in erschwerten Lebensbedingungen gut miteinander vereinbart werden. Die Akteurinnen und Akteure benötigen Kenntnisse der anderen Angebote und verbindliche Regelungen für die Zusammenarbeit, um für die betroffenen Kinder bestmögliche Ergebnisse zu erzielen."
Frühe Hilfen schauen auf die Belastungen der Eltern mit Kindern von 0 bis drei Jahre und erreichen diese über Hebammen, Familienhebammen, Geburtskliniken, Kinderärztinnen und Kinderärzte in einer sehr frühen Entwicklungsphase des Kindes. Die Bereitschaft der Eltern, Unterstützung anzunehmen, ist in dieser Zeit besonders hoch. Frühförderung konzentriert sich stärker auf die Entwicklung ihrer Kinder, vor allem, wenn eine körperliche, geistige oder seelische Behinderung droht. Häufig sind die Kinder jedoch bereits drei Jahre oder älter, bis sie aufgrund einer dann gestellten ärztlichen Diagnose eine Behandlung bekommen. Frühe Hilfen vermitteln bei Bedarf Kinder zu einem wesentlich früheren Zeitpunkt in die Frühförderung, weil sie den zeitlich früheren Zugang zu den Familien haben. Die Frühförderung hat die diagnostischen Kompetenzen zur weiteren Abklärung des Förderbedarfs.
Das Impulspapier soll eine Diskussion zwischen den beiden Systemen anregen. Es zeigt die aktuelle Lage sowie Stärken und Probleme der Frühen Hilfen und Frühförderung. Außerdem stellt es Ziele, Zielgruppen und Aufgabenschwerpunkte in einer Übersichtstabelle nebeneinander und trägt zur begrifflichen Klärung bei. Die Publikation kann über das Bestellsystem der BZgA (order@bzga.de) unter der Bestellnummer 16000125 kostenlos bezogen werden und ist auf der Internetseite www.fruehehilfen.de eingestellt.
Das Nationale Zentrum Frühe Hilfen wird gemeinsam von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und dem Deutschen Jugendinstitut e.V. getragen. Es unterstützt seit 2007 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend die Fachpraxis dabei, familiäre Belastungen früher zu erkennen, bedarfsgerechte Unterstützungsangebote bereitzustellen und die Vernetzung der unterschiedlichen Berufsgruppen zu fördern. Außerdem fungiert es im Rahmen der 2012 gestarteten Bundesinitiative Frühe Hilfen als Koordinationsstelle des Bundes.
Weitere Informationen: http://www.fruehehilfen.de

Kontakt:
Dr. Marita Völker-Albert
Pressesprecherin der
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung
51101 Köln
Tel. 0221-8992280
Fax: 0221-8992201
E-Mail: marita.voelker-albert@bzga.de <br /> http://www.bzga.de
RSS-Feed: http://www.bzga.de/rss-presse.php
Twitter: http://www.twitter.com/bzga_de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=534386" width="1" height="1">

Pressekontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA)

51109 Köln

marita.voelker-albert@bzga.de

Firmenkontakt

Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZGA)

51109 Köln

marita.voelker-albert@bzga.de

Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung ist seit 1967 zum gesundheitlichen Wohle der Bürgerinnen und Bürger tätig. In dieser Zeit haben sich die Themen der gesundheitlichen Aufklärung erweitert, ihre Methoden geändert, und neue Aufgaben sind hinzugekommen. Gleichzeitig sind auch die Anforderungen an eine erfolgreiche Gesundheitsförderung gestiegen. Diesen Veränderungen haben wir Rechnung getragen und auf der Grundlage unseres Gründungsauftrags aus dem Jahre 1967 eine Neubestimmung vorgenommen. In diesem Sinne räumen wir in Zukunft der Erarbeitung von wissenschaftlichen Grundlagen und von Qualitätssicherungsverfahren noch mehr Raum ein. Durch nationale und internationale Kooperation fördern wir verstärkt ein arbeitsteiliges Vorgehen, denn erst durch die konsequente Nutzung der Stärken vieler Partner können Synergieeffekte entstehen. Mittelfristig streben wir den Aufbau als Clearingstelle an, damit Aktivitäten und Ressourcen auf zentrale Gesundheitsprobleme konzentriert und die Effektivität und Effizienz der gesundheitlichen Aufklärung gestärkt werden.Unsere Aufklärungsmaßnahmen konzentrieren wir auf ausgewählte Teile der Bevölkerung. In der nächsten Zeit ist dies vor allem die Zielgruppe "Kinder und Jugendliche". Unsere Kompetenz sehen wir in der Entwicklung, Umsetzung und wissenschaftlichen Überprüfung von Aufklärungsstrategien zur Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Dazu bedarf es auch der Beteiligung zentraler Kooperationspartner. Gleichzeitig wollen wir mehr als bisher Bürgerinnen und Bürger über aktuelle gesundheitliche Themen von bundesweiter Bedeutung informieren. Unverändert wichtig bleibt die langfristige Umsetzung der gesetzlichen und bundespolitischen Aufträge in der Sucht- und Aids-Prävention wie auch in der Sexualaufklärung und Familienplanung.